



**Antworten der
Christlich Demokratischen Union Deutschlands (CDU)
und der Christlich-Sozialen Union in Bayern (CSU)
auf die Fragen des Netzwerkes Grundeinkommen**

Antworten und Anmerkungen zu den Fragen des Netzwerkes Grundeinkommen

Wegen des inneren Zusammenhangs fassen wir Ihre Fragen bei der Beantwortung zu einem Fließtext zusammen.

Die Soziale Marktwirtschaft als Grundlage der sozialen Gerechtigkeit ist und bleibt für CDU und CSU Maßstab ihres Handelns.

Freiheit und Verantwortung, Wettbewerb und Solidarität sind untrennbar miteinander verbunden. Es ist wichtig, denen zu helfen, die unverschuldet in Not geraten, aber es ist ebenso wichtig, den Menschen Selbstständigkeit und Eigenverantwortung für sich und ihre Angehörigen zu ermöglichen. Solidarität braucht eine ökonomische Basis.

Zudem ist nach unserer Auffassung nach wie vor der Anspruch „Arbeit für Alle“ ein Kernstück sozialer Gerechtigkeit. Arbeit ermöglicht Selbstverwirklichung und ist eine entscheidende Voraussetzung für gesellschaftliche Teilhabe. Alle werden gebraucht; keiner darf ausgegrenzt werden. Die Soziale Marktwirtschaft will Vollbeschäftigung. Diesem Credo fühlen sich CDU und CSU zutiefst verpflichtet.

Für CDU und CSU gilt, dass jeder, der unverschuldet seine Arbeit verliert und trotz größter Bemühungen den Wiedereinstieg in die Arbeitswelt über einen längeren Zeitraum hinweg nicht schafft, die Unterstützung der Gesellschaft verdient. Wichtig ist aber, dass das Bestreben, seinen Lebensunterhalt aus eigener Kraft verdienen zu wollen und sich dafür auch zu engagieren, nicht nachlässt. Denn Perspektivlosigkeit kann ganze Familien erfassen und zu einer Beeinträchtigung der Lebenschancen über Generationen hinweg führen. Dies gilt es zu vermeiden. Das Prinzip des Förderns und Forderns, das derzeit im Rahmen des SGB II für Erwerbsfähige gilt, hilft, diesen Anspruch zu verwirklichen.

Unser Grundgesetz verpflichtet den Staat (die Gemeinschaft der Bürgerinnen und Bürger), jene zu unterstützen, die sich ohne eigenes Verschulden aus eigener Kraft nicht helfen können. Das wird durch das SGB II sichergestellt. Unser Sozialstaatsprinzip gibt aber niemandem das Recht, auf Kosten der Gemeinschaft zu leben, wenn er sich selbst helfen (also insbesondere arbeiten) könnte. Unserem Grundgesetz entspricht es auch, von dem, der staatliche Unterstützung erfährt, eine Gegenleistung zu verlangen, z. B. in Form von gemeinnütziger Arbeit.

Ein bedingungsloses Grundeinkommen widerspricht zentralen Grundwerten der Sozialen Marktwirtschaft.

Die Mittel, die der öffentlichen Hand von den Bürgern für die Erfüllung staatlicher Aufgaben zur Verfügung gestellt werden, müssen von diesen zunächst erarbeitet werden. Mit ihrer solidarischen Leistung legen die Erwerbstätigen – darunter auch Menschen mit geringem Einkommen – die Grundlagen zur Unterstützung jener, die unverschuldet in Not geraten. Dieser Beitrag steigt mit ihrer finanziellen Leistungsfähigkeit durch das Steuersystem progressiv an.

CDU und CSU sind der Auffassung, dass der Staat kein Recht hat, sich von dem Prinzip der Einheit von Solidarität und Verantwortung abzuwenden. Wir können nicht von den Bürgern Solidarität mit ihren Mitmenschen verlangen, ohne die Hilfebedürftigen gleichzeitig zur Übernahme von Eigenverantwortung zu verpflichten. Wer diesen Grundsatz nicht beherzigt, würdigt letztlich auch den Wert von Arbeit herab und jene, die sie leisten. Unser Sozialstaat ist aber letztlich auch darauf angewiesen, dass die Bürger bereit sind, ihr Leben grundsätzlich ohne dessen Hilfe zu gestalten, dass sie das Ziel haben, sich selbst zu erhalten und zu helfen. Nur dann behält die Gemeinschaft die Kraft, dort präsent zu sein, wo Hilfe nötig ist. Wichtiger als alle Sozialleistungen des Staates ist es, allen Menschen grundsätzlich gleiche Lebenschancen zu eröffnen. Bildung und Teilhabe von Kindheit an sind der Schlüssel für ein selbstbestimmtes erfolgreiches Leben. Deshalb haben CDU und CSU in der letzten Wahlperiode das zunehmend erfolgreiche Bildungspaket für benachteiligte Kinder und Jugendliche geschnürt. Es wird von den Kommunen möglichst unbürokratisch umgesetzt. Der Bund trägt die Kosten dafür.

Auch die immer wiederkehrenden Forderungen nach bedingungslosen Grundeinkommen für Kinder anstelle der bisherigen Familienförderung haben nicht die nötige soziale Ausgewogenheit, um allen Situationen vor Ort gerecht zu werden und sind daher nicht zielführend. Eine weitere Forderung im Zusammenhang mit einem bedingungslosen Grundeinkommen betrifft die Studierenden. CDU und CSU sind der Auffassung, dass die staatliche Unterstützung (BAföG) jenen Studierenden zugutekommen soll, die ihrer bedürfen.

Der Wert geleisteter Arbeit drückt sich nicht zuletzt in angemessenen Löhnen aus.

Wir wollen in Deutschland keinen Wettbewerb um die niedrigsten Löhne. Alle Bürger sollen Existenz sichernde Einkommen erzielen können. Leistung muss sich lohnen. Aus diesem Grund fordern CDU und CSU tarifliche Mindestlöhne. Es liegt zunächst in der Verantwortung der Tarifpartner, sich in ihren Bereichen auf angemessene Löhne zu einigen. Eine Lohnfestsetzung durch die Politik lehnen wir ab. Aber es ist Sache der Politik, die Voraussetzungen zu schaffen, dass die Menschen überall in Deutschland die Chance auf einen ordentlichen Lohn haben. Deshalb wollen wir für die Bereiche, in denen es keine Tarifverträge gibt, die Tarifpartner gesetzlich in die Pflicht nehmen. Sie sollen gemeinsam einen tariflichen Mindestlohn durch eine Kommission der Tarifpartner festlegen und sich an den für allgemein verbindlich erklärten tariflich vereinbarten Lohnuntergrenzen orientieren.

Innerhalb der Europäischen Union wird seit einiger Zeit zunehmend über soziale Standards diskutiert.

An dieser Diskussion beteiligt sich die Bundesrepublik Deutschland, ohne unsere vergleichsweise hohen Standards den anderen Mitgliedstaaten mit geringerer Leistungsfähigkeit komplett aufbürden zu wollen.

Dank der Sozialen Marktwirtschaft ist Deutschland weltweit wirtschaftlich erfolgreich – bei hohen sozialen Standards.

Auf die fortschreitende Globalisierung müssen wir reagieren. Wenn wir darauf achten, dass unsere Politik wirtschaftlich vernünftig und sozial gerecht ist, dann ist die Globalisierung nicht das Ende des Sozialstaats und der Sozialen Marktwirtschaft. Vielmehr kann sie der Beginn ihrer weltweiten Akzeptanz sein. Eine neue Wirtschaftspolitik muss die Standards der Sozialen Marktwirtschaft international verankern. Damit erreicht die Soziale Marktwirtschaft eine neue Dimension.